

Die Akzeptanz des Netzausbaus in Deutschland

Juri Krack, Simon Köppl und Florian Samweber

Der im Zuge der Energiewende durchgeführte Netzausbau wird vielerorts von Protesten der betroffenen Bürger begleitet. Dabei unterscheiden sich die Proteste sowohl in ihrem Ausmaß, als auch in ihrer lokalen Ausbreitung teilweise beträchtlich. Im Rahmen des Projekts MONA 2030 werden Akzeptanzprobleme des Leitungsbaus aufgezeigt, die Rückschlüsse auf die zukünftige Netzplanung zulassen. Anhand von Experteninterviews mit Protestakteuren aus drei verschiedenen Untersuchungsfällen entlang der Netzausbauprojekte SuedLink und SuedOstLink können die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Protesten dargestellt und Handlungsempfehlungen aufgezeigt werden.

Um den Herausforderungen der wachsenden Einspeisung erneuerbarer Energien in das Stromnetz gerecht zu werden, ist eine Verstärkung der bestehenden Netzinfrastruktur in vielen verschiedenen Bereichen geplant. Ein großer Teil dieser Maßnahmen beschäftigt sich mit dem Ausbau des Übertragungsstromnetzes, welches einen tragenden Pfeiler der Stromversorgungsinfrastruktur Deutschlands darstellt.

Die tiefgreifenden Veränderungen, die mit der Energiewende in Deutschland einhergehen, werden von einem großen Teil der deutschen Bevölkerung akzeptiert und unterstützt [1]. Nichtsdestotrotz formiert sich regional und lokal teilweise enormer Widerstand gegen die geplanten Netzausbauprojekte. Besonders sichtbar wurde dieser Protest bei den beiden Netzausbauprojekten SuedLink und SuedOstLink, welche für den Stromtransport zwischen den Erzeugungszentren im Norden und den Lastzentren im Süden vorgesehen sind.

Entlang der geplanten Streckenkorridore haben sich nach Veröffentlichung der Planungsentwürfe zahlreiche Bürgerinitiativen gebildet, die sich teilweise vehement gegen den Bau der Stromleitungen aussprechen. Nachdem sich als Reaktion darauf vor allem die bayerische Landesregierung gegen den Bau der Stromtrassen aussprach und einen Bürgerdialog initiierte, beschloss der Bundestag im Dezember 2015 den Vorrang der Erdverkabelung für neue Gleichstromübertragungsleitungen. In Folge dessen werden die beiden Projekte SuedLink und SuedOstLink jetzt als Erdkabelprojekte geplant.

Bisher gibt es nahezu keine Studien über die Akzeptanz des Netzausbaus im deutschlandweiten Vergleich. Einen Beitrag dazu



Die Konflikte beim Netzausbau beziehen sich nicht nur auf die eingesetzte Technik, sondern entzündeten sich entlang grundsätzlicher gesellschaftlicher Weichenstellungen

Sergey Nivens | Fotolia.com

leistet diese Forschungsarbeit, indem sie anhand einer Fallvergleichsstudie die regionalen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Proteste gegen die Leitungsprojekte aufzeigt. Sie ist Teil des durch das BMWi geförderten Projekts *Merit Order Netzausbau 2030* („MONA 2030“), in dem verschiedene netzoptimierende Maßnahmen aus technischer, wirtschaftlicher, ökologischer und gesellschaftlicher Perspektive miteinander verglichen werden [2].

Rahmenbedingungen im Netzleitungsbau

Um das Umfeld des Übertragungsnetzausbaus besser zu verstehen, ist eine genauere Betrachtung der Akteursstruktur hilfreich. Auf Basis von EU-Richtlinien hat sich die Struktur der Energiewirtschaft in Deutsch-

land in den letzten Jahrzehnten durch Liberalisierungs- und Entflechtungsmaßnahmen maßgeblich verändert. Als oberste Bundesbehörde für den Bereich Netze und Netzausbau ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) auch für den Übertragungsnetzausbau zuständig. Zu einem großen Teil werden die Planungs- und Regulierungsaufgaben für das Übertragungsnetz von der dem BMWi unmittelbar nachgeordneten Bundesnetzagentur übernommen.

Der konventionelle Leitungsbau auf der Höchstspannungsebene zählt im Bundesbedarfsplan zu einem der Hauptpfeiler der zukünftigen Netzinfrastruktur. Die Entscheidung für einzelne Ausbaumaßnahmen im Übertragungsnetz wird anhand eines mehrstufiger Konsultations- und Ge-

nehmigungsprozess getroffen. Bundesweit werden die Übertragungsnetze auf der Grundlage eines momentan jährlichen, in Zukunft zweijährigen, Szenariorahmens geplant. Mit dieser Planung werden die Übertragungsnetzbetreiber beauftragt.

Aktuell gibt es 65 Leitungsvorhaben mit unterschiedlichen Planungs- und Baufortschritten, die sich aus dem Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) und dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) ergeben. Davon sind 17 Leitungsvorhaben als länderübergreifend oder grenzüberschreitend gekennzeichnet [3].

Suedlink und SüdOstLink sind als die beiden zentralen Stromtransportkorridore von Nord- nach Süddeutschland geplant. Suedlink umfasst insgesamt zwei Leitungen, während SüdOstLink eine Leitung beinhaltet. Die Planungen von Suedlink und SüdOstLink haben sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Zum einen werden alle drei Vorhaben nach einem Koalitionsbeschluss auf Bundesebene im Juli 2015 mittlerweile als Erdkabel geplant, wodurch eine komplett neue Korridorfindung starten musste, deren genauere Planung im Oktober 2016 veröffentlicht wurde. Zum anderen wurde auf Anregung der bayerischen Landesregierung der Verlauf von SüdOstLink geändert. Anstatt der vorherigen Trassenvariante zwischen „Lauchstädt“ und „Meitingen“ wird jetzt eine geographisch weiter östlich gelegene Leitung zwischen den Netzknoten „Wolmirstedt“ und „Isar“ geplant [4].

Akzeptanzforschung im Infrastrukturbereich

In der Literatur zur Akzeptanz- und Protestforschung können zwei generelle Forschungsansätze zur Analyse von Infrastrukturprojekten identifiziert werden. Der erste Ansatz zielt auf die Messung der öffentlichen Akzeptanz durch die Anwendung eines Forschungsdesigns mit großer Fallzahl. Dabei liegt der Fokus auf der Analyse von Einstellungen der Bevölkerung gegenüber einer ausgewählten Thematik. In ihrer Forschungsmethode arbeiten diese Ansätze zumeist mit Fragebögen oder großen Diskussionsgruppen und verbleiben somit auf der Metaebene, bei gleichzeitiger

Gewährleistung einer großen Validität ihrer Forschungsergebnisse durch die erhöhte Fallzahl. Diese Forschungsansätze dienen nur bedingt dazu, einzelne Akzeptanzphänomene und Proteststrukturen im Detail zu untersuchen. Beispielsweise kann die große Differenz zwischen der grundlegend positiven Einstellung der Bevölkerung gegenüber Energiewendeprojekten und dem teilweise massiven lokalen Widerstand nur unzureichend erklärt werden [5].

Der zweite Ansatz verfolgt eine tiefergehende Analyse einzelner Projekte mit kleiner Fallzahl. Um die Komplexität des Protest- und Akzeptanzverhaltens genauer abzubilden, fokussieren sich die Forschungsprojekte in diesem Ansatz auf einige konkrete Fälle. Die lokalen Strukturen, Akteure oder Begleitumstände des Protests werden detailliert untersucht und situationsspezifisch unterschieden [6].

Um einen tiefergehenden Vergleich durchführen zu können, wurde für das Projekt MONA 2030 der zweite Ansatz gewählt. Dafür wurden drei lokale Fälle mit unterschiedlicher Protestintensität gegen Netzausbauprojekte ausgewählt, die in ihren Ausgangsvoraussetzungen annähernd vergleichbar sind.

Fallauswahl für die Untersuchung

In Deutschland ist die Datenlage zum Vergleich der Akzeptanz des Netzausbaus in verschiedenen Regionen sehr begrenzt. Die einzig relevanten Daten für einen Akzeptanzvergleich im Übertragungsnetzbereich sind bei der Bundesnetzagentur zu finden. Dort werden in der Bedarfsermittlung die eingegangenen Stellungnahmen zum Netzausbau anhand von Postleitzahlregionen ausgewertet. Herangezogen wird dafür die Bedarfsermittlung für den Netzentwicklungsplan Strom 2024 [7].

Um die statistischen Daten auf lokaler Ebene miteinander vergleichen zu können, wird die Aufteilung nach Postleitzahlregionen, wie sie von der Bundesnetzagentur angewandt wird, in dieser Studie durch eine Auswahl anhand von Landkreisdaten ersetzt. Diese Auswahl führte dazu, dass die Landkreise Schweinfurt und Nürnberger Land

in Bayern, sowie der Schwalm-Eder-Kreis in Hessen für die weitere Falluntersuchung herangezogen werden.

Die drei Landkreise verfügen über sehr unterschiedliche Ausprägungen in der Anzahl der an die Bundesnetzagentur gesendeten Stellungnahmen, jedoch über vergleichbare Ausgangsbedingungen in der Bevölkerungsstruktur und den regionalen Landschaftsaspekten. Für die Fallauswahl lag somit eine Spreizung mit einem „extremen“, einem „mittleren“ und einem „schwachen“ Fall in der anfänglich vermuteten Protestausprägung vor.

In diesen Untersuchungsfällen wurden im Anschluss Forschungsinterviews mit Vertretern von Bürgerinitiativen, der Bundesnetzagentur, dem Netzbetreiber, Umweltschutzorganisationen und Vertretern der lokalen Politik geführt, wobei der Schwerpunkt auf den Protestakteuren der Bürgerinitiativen lag. Insgesamt wurden 24 Interviews im Laufe des Forschungsprojekts geführt.

Forschungsergebnisse

Anhand verschiedener Kategorien, die aus der Analyse der Interviewtranskripte entstanden, konnten die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Begleitprozesse der lokalen Proteste identifiziert werden. Insbesondere bestätigen die Ergebnisse die anfangs klassifizierte Unterteilung in einen „extremen“, einen „mittleren“ und einen „schwachen“ Fall. Bei der Sichtweise der Protestakteure auf die geplante Leitung wird eine klare Unterscheidung der verschiedenen Fallausprägungen deutlich.

Sichtweise auf die Trasse

Der überwiegende Teil der Interviewpartner der Bürgerinitiativen erachtet den Bau der Trasse als nicht notwendig. In allen Fällen ist dies mit einer Infragestellung des Bedarfs verknüpft. Alle Interviewpartner, die den Bedarf der Trasse infrage stellen, sind davon überzeugt, dass die Leitung für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit nicht benötigt wird. Ein kleinerer Teil der Untersuchungsteilnehmer hat sich mittlerweile mit dem Neubau der Leitung als Erdkabel abgefunden.

Dieser Teil zweifelt zwar überwiegend auch am Bedarf der Trasse, allerdings werden die durch das Bundesbedarfsplangesetz geschaffenen Fakten akzeptiert und der Bau der Leitung soll konstruktiv begleitet werden. Der dritte und bei weitem kleinste Teil der Gesprächspartner zeigt sich mit dem Kompromiss der Verlegung als Erdkabel zufrieden. Diese gaben an, dass die Verlegung der Leitung als Erdkabel bereits im Vorfeld das erklärte Ziel des Protests war (vgl. Abb. 1).

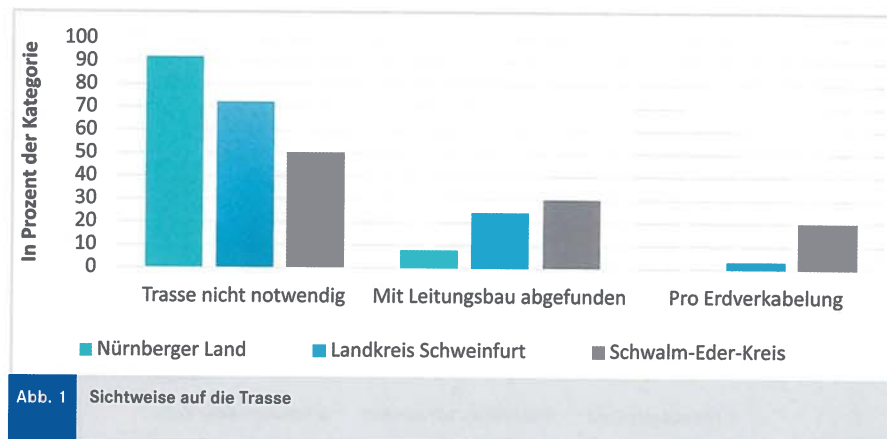


Abb. 1 Sichtweise auf die Trasse

Im Vergleich der Untersuchungsfälle ist die Infragestellung des Bedarfs im Nürnberger Land am größten. In 92 % der mit dem Thema verknüpften Argumentationen der Interviewpartner wird dort der Trassenbau kategorisch abgelehnt. In den beiden anderen Untersuchungsfällen Schweinfurt und Schwalm-Eder-Kreis haben sich dagegen weitaus mehr Gesprächspartner mit dem Leitungsbau abgefunden. Eine relevante Menge an Aussagen der Protestakteure, die sich mit der Erdverkabelung grundsätzlich zufrieden gaben, zeigte sich nur im Schwalm-Eder-Kreis.

Des Weiteren wird argumentiert, dass die Leitung als „Kohlestromtrasse“ konzipiert ist, da insbesondere der SuedOstLink an einem Knotenpunkt für Kohleabbaugebiete in Ostdeutschland beginnt und der Leitungsbau damit einer weiteren Fortführung der dezentralen Energiewende entgegenläuft.

weiten Stromhandel über alle drei Fälle annähernd vergleichbar ist. Des Weiteren wird die geplante Trasse im Nürnberger Land mit Abstand am öftesten als Kohlestromtrasse bezeichnet, während dieser Frame in den beiden anderen Fällen nur eine geringe Rolle spielt (vgl. Abb. 2).

Gründe für die Ablehnung der Leitung

Die am öftesten geäußerte Kritik in den drei Untersuchungsfällen betrifft die empfundene Verknüpfung zwischen Netzbetreiber, Bundesnetzagentur und der Politik. Diese drei Akteure werden von vielen Interviewpartnern als Lobbyismus-Konstrukt betrachtet. Auffällig ist hierbei, dass die Gesprächsteilnehmer nicht in vorderster Linie den Leitungsbau an sich kritisieren, sondern das dahinterstehende System der Planungs- und Politikakteure.

In diesem Zusammenhang werden die Grundlagen der Bedarfsanalysen für die geplanten Leitungsprojekte von den Protestakteuren in Frage gestellt. Zahlreiche Gesprächspartner kritisieren den aus ihrer Sicht unnötigen Leitungsausbau über Deutschlands Grenzen hinweg als Wille der großen Energiekonzerne. Viele Interviewpartner thematisieren auch die aus ihrer Sicht hohen Kosten des Projekts für die Bürger. Hierbei wird vor allem die Höhe der Eigenkapitalverzinsung der Übertragungsnetzbetreiber für den Leitungsausbau kritisiert.

Der Vergleich zwischen den Fällen zeigt, dass sich der Schwalm-Eder-Kreis von den beiden anderen Untersuchungsfällen unterscheidet. Er weist eine weitaus geringere Argumentation der Protestakteure in Bezug auf das Lobbying zwischen den Planungsakteuren auf. Über alle Gesprächspartner hinweg nimmt das Argument Lobbying die höchste Gesamtnennungszahl ein. Dieses wird vor allem im Nürnberger Land und im Landkreis Schweinfurt verwendet. Im Weiteren Vergleich ist sichtbar, dass die Kritik an den Kosten für die Bürger und am europä-

Kritik am Planungsvorgang

Viele Gesprächspartner kritisieren, dass der Bau der Leitung zum jetzigen Planungsstatus bereits feststeht. Sie würden gerne die Diskussion der Notwendigkeit in den Mittelpunkt des Dialogs stellen. Dabei wird eine starke Kritik an den Grundlagen der Berechnungen zum Szenariorahmen getätigt, den bisherigen Ergebnissen wird eine fehlende Unabhängigkeit unterstellt. Wirft man einen genaueren Blick auf die von den Interviewteilnehmern genannten Experten und Studien, die laut ihrer Aus-

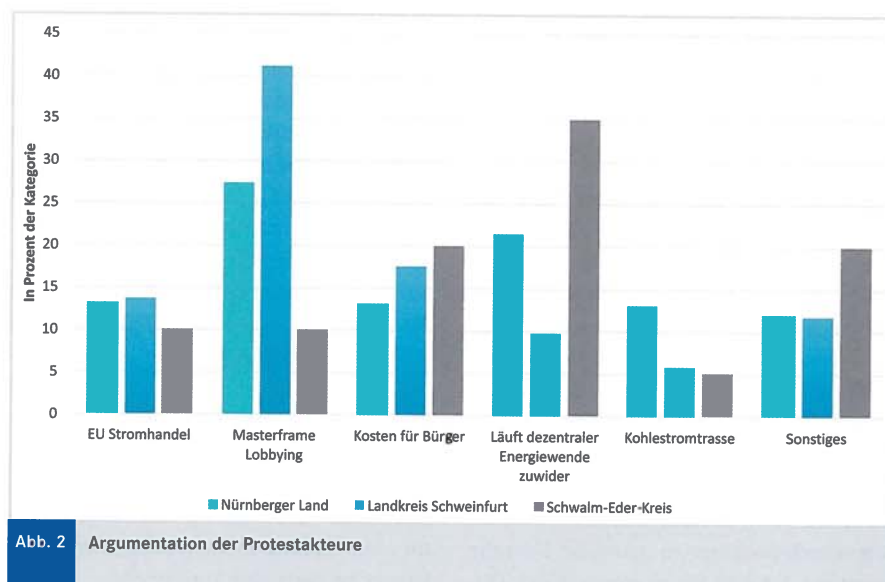
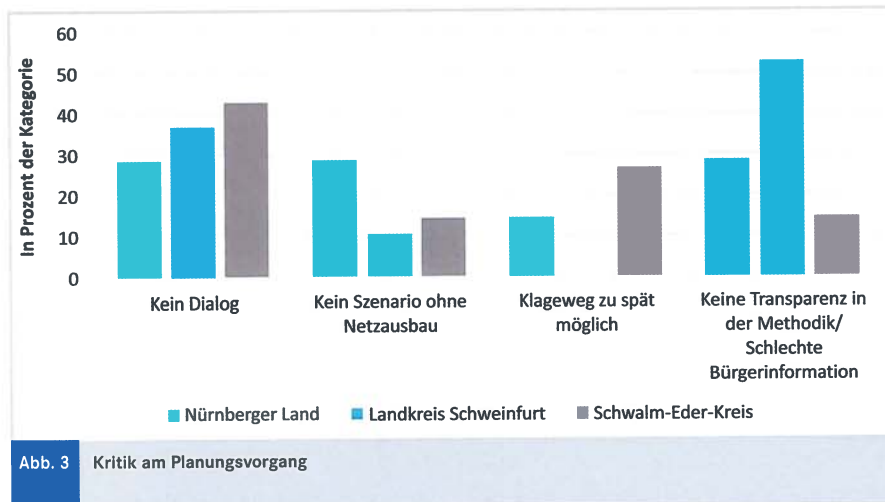


Abb. 2 Argumentation der Protestakteure



sage eine unabhängige Bewertung gewährleisten, so gibt es dort eine gleichmäßige Verteilung zwischen lediglich vier genannten Wissenschaftlern.

Die weiteren Kritikfaktoren im Planungsvorgang beschäftigten sich mit den durch das Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) veränderten Möglichkeiten zur Prozessklage, sowie der mangelnden Transparenz in der Korridorfindung. Im NABEG wurde das bundeseinheitliche Regelungsbedürfnis aufgrund der Bedeutung des überregionalen Stromnetzausbaus festgehalten und damit die Klagemöglichkeit für Bürger eingeschränkt. Im Zusammenhang mit dem Argument der fehlenden Transparenz zeigt sich deutlich, dass der Unmut der Betroffenen stark ansteigt, wenn vor Ort nicht umfassend vermittelt werden kann, aus welchen Gründen die Korridorvorschläge im lokalen Rahmen ausgewählt wurden (vgl. Abb. 3).

Geringes Vertrauen in die Planungsakteure

Betrachtet man das Vertrauen, das die Protestakteure gegenüber den Planungsakteuren haben, so ist das Vertrauen in die Politik über die Forschungsfälle verteilt am geringsten. Zahlreiche Interviewpartner monieren die mangelnde Dialogbereitschaft politischer Akteure und äußern sich sehr negativ über deren vermeintliche Ahnungslosigkeit zu der Thematik Netzausbau.

Auch die Netzbetreiber wurden durch die Interviewteilnehmer in neutraler bis sehr negativer Art und Weise eingeschätzt. Oft-

mals wird dem Netzbetreiber unterstellt, nicht auf die Belange der Bürger einzugehen oder die Menschen, die vom Netzausbau betroffen sind, bewusst nicht zu informieren.

Im SuedOstLink hat dieser negative Eindruck nach Aussagen einiger Interviewpartner mit der Vorgehensweise beim Trassenfindungsprozess durch den Netzbetreiber Amprion zu tun. Amprion hatte bei einer größeren Veranstaltung in Nürnberg zu Beginn der Planung keinen Korridor vorgestellt, sondern eine große Planungsellipse ohne genauere Bewertungen. Der Planungsraum in dieser Ellipse war sehr breit gefächert und wurde nicht im Detail dargestellt. Somit waren mit einem Schlag sehr viele Bürger betroffen, ohne dass konkrete Informationen über den Trassenverlauf vermittelt wurden.

Sowohl beim SuedLink, als auch in der SuedOstLink-Trasse hat sich die Sichtweise auf den Netzbetreiber TenneT, der mit dem neuen Trassenverlauf für die Netzausbauprojekte in allen drei Untersuchungsfällen beauftragt ist, im Laufe der Zeit verbessert. Einige Interviewpartner geben an, dass TenneT sich nach den anfänglichen Problemen deutlich mehr im Dialog engagiert hat und die Belange der Bürger besser wahrnimmt.

Im Vergleich zu den Netzbetreibern und Vertretern der Politik wird die Bundesnetzagentur insgesamt deutlich positiver betrachtet. Allerdings wird auch der Bundesnetzagentur ein unzureichendes Wissen über die lokalen Gegebenheiten vorgeworfen.

Unterstützung durch die lokale Politik

In der Fallanalyse wird sichtbar, dass die Unterstützung der Proteste durch lokale und regionale Politikakteure größer war, als durch die überregionale Politik. Die Unterstützung für die jeweilige Bürgerinitiative ist dabei nicht immer an einer bestimmten Partei festzumachen. So wurden alle im Bayerischen und im Hessischen Landtag vertretenen Parteien mindestens einmal genannt, wenn die Gesprächspartner über eine bestimmte parteipolitische Unterstützung Auskunft gaben.

Interessanterweise wurde allerdings deutlich sichtbar, dass sich die jeweils am stärksten etablierte Partei im Landkreis mit größerer Aufmerksamkeit um die Protestinitiativen kümmert, obwohl sie nach Aussage der Gesprächspartner damit oftmals den Unmut von Vertretern der Partei auf Landes- oder Bundesebene auf sich zieht.

Viele Mitglieder der Bürgerinitiativen sind in der lokalen Gemeinde sehr gut vernetzt und engagieren sich in der Kommunalpolitik oder in Vereinen. Die meisten Vertreter der Bürgerinitiativen sehen die politischen Akteure als wichtigsten Ansprechpartner für ihre Belange an und versuchen deshalb auch die lokalen und überregionalen Kanäle zu nutzen, um ihre Interessen zu artikulieren.

Zahlreiche Gesprächspartner äußern, dass es für die lokale Politik schwer ist, die gesamtwirtschaftlichen Vorteile des Leitungsbaus darzulegen und diese in der Diskussion zu verteidigen. Aus regionaler und lokaler Perspektive entstehen zunächst einmal Nachteile. Die vermeintlichen Vorteile sind äußerst abstrakt und nur im bundesweiten Gesamtbild darstellbar.

Regionale Landkreisbündnisse als Vermittlungsakteure

Eine wichtige Rolle im Akzeptanzprozess nahmen in den untersuchten Regionen Vermittlungsakteure ein, die den Diskurs in den einzelnen Fällen ausschlaggebend mitprägten. In allen drei Fällen sind Landkreisbündnisse vorhanden, die sich auf verschiedenste Art und Weise gegen den Bau der Leitung oder für eine Erdverkabelung eingesetzt haben.

Im Schwalm-Eder-Kreis hatte sich das Landkreisbündnis Hamelner Erklärung bereits von Anfang an für eine Erdverkabelung ausgesprochen. Aufgrund dieses frühen Engagements übernahmen zahlreiche Bürgerinitiativen dort die Forderungen des Landkreisbündnisses. Die Protestaktionen kanalisieren sich deshalb oft im Bündnis oder werden unter Zusammenarbeit der Bürgerinitiativen und dem Bündnis Hamelner Erklärung durchgeführt. Durch diese starke Positionierung des Landkreisbündnisses wird der Diskurs in den dortigen Proteststrukturen deutlich offener gegenüber einer Kompromissbereitschaft durch die Erdverkabelung geführt, als in den anderen Untersuchungsfällen. Im Landkreis Schweinfurt und vor allem im Nürnberger Land nehmen die örtlichen Landkreisbündnisse kritische Positionen gegenüber der Notwendigkeit der Trassen ein.

Des Weiteren konnten weitere Kooperationen der Bürgerinitiativen mit anderen Ak-

teuren analysiert werden. Im Nürnberger Land und im Landkreis Schweinfurt gibt es eine große Kooperation der Initiativen mit dem BUND Naturschutz, sowie Windkraftgegnern, deren Vertreter die Notwendigkeit der Leitung in den Interviews ebenfalls in Frage stellen. Sowohl beim SuedLink, als auch beim SüdOstLink sind zahlreiche Initiativen miteinander über Landkreisgrenzen hinweg verknüpft. Im *Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse* sind die Bürgerinitiativen im SüdOstLink an der Leitung entlang organisiert, während der *Bundesverband Bürgerinitiativen gegen SuedLink* die Protestakteure im SuedLink miteinander vernetzt.

Überschneidungen zwischen den Untersuchungsfällen

Über alle drei Untersuchungsfälle hinweg fällt auf, dass es neben den aufgezeigten Unterschieden zahlreiche Gemeinsamkeiten in den Protestformen und den Diskur-

sen gibt. Es zeigt sich, dass es zum einen zahlreiche Verbindungen und überlagerte Kommunikationsplattformen zwischen den lokalen Bürgerinitiativen gibt, zum anderen beschäftigen sich die Akteure der Initiativen nicht vordergründig mit lokalen Besonderheiten, sondern greifen in ihrer Argumentation auf bundesweite Themen zurück.

Mit der in sich geschlossenen Sichtweise auf den Netzausbau geht oftmals eine ausgeprägte kollektive Identität zwischen den Protestakteuren einher. Besonders die Interviewteilnehmer, die den Bedarf der Leitung in Frage stellen, sehen sich selbst als Gegenakteure eines korrumpierten Systems aus Politik, Netzbetreibern und der Bundesnetzagentur an.

Dies bedeutet, dass die Protestakteure ausführlich über die grundsätzlichen Probleme und deren Ursachen sowie über ihre eigene Grundideologie und Moralbasis für ihr Han-



HIER WERDEN IHRE IDEEN
BALD GRENZENLOS SEIN

MESSE
ESSEN

deln kommunizieren. Nur selten werden daraufhin auch Lösungsalternativen zum identifizierten Problem dargestellt, da es diese Problematik aus Sicht der radikaleren Trassengegner nicht gibt.

Allerdings wurde deutlich sichtbar, dass sich durch den Erdkabelvorrang zahlreiche Konstellationen in den Bürgerinitiativen verändert haben. Alle Gesprächspartner können eine größere Akzeptanz der Erdverkabelung im Vergleich zu Freileitungen bei der Bevölkerung bestätigen. Aufgrund dieser Entwicklung haben sich zahlreiche Bürgerinitiativen von relativ losen, größeren Verbänden zu gut organisierten, aber kleineren Bewegungen entwickelt, da nur diejenigen in den Initiativen verbleiben, die einer Erdverkabelung sehr kritisch gegenüberstehen.

Sowohl in ihren internen Organisationsstrukturen, als auch in der Erregung öffentlicher Aufmerksamkeit ist eine Professionalisierung der Initiativen sichtbar. Diese Professionalisierung hat aber auch zu neuen Herausforderungen geführt. So haben zahlreiche Vertreter der Initiativen die Politik als zentralen Ansprechpartner für ihre Belange identifiziert.

Dies führt jedoch bei den meisten Protestakteuren zu einem Dilemma. Sie müssen auf genau diejenigen Akteure zugehen, zu denen sie am wenigsten Vertrauen haben. Diese Ausgangslage führt in vielen Fällen zu einer Enttäuschung über die zu geringe Beachtung der eigenen Belange und einer weiteren Abgrenzung der eigenen Protestbewegung von der überregionalen Politik.

Handlungsempfehlungen

Im Laufe dieser Untersuchung wurde deutlich, dass es eine wesentlich breitere Akzeptanz für das Thema Erdverkabelung im SuedLink und SuedOstLink gibt, als dies bei den Freileitungstrassen der Fall war. Auf Basis dieser Grundlage sind zahlreiche Akteure bereit, die Planung der neuen Leitungstrassen konstruktiv zu begleiten. Allerdings gibt es neben diesen Akteuren noch zahlreiche Protestteilnehmer, die sich deutlich gegen die Erdverkabelung positionieren und die Notwendigkeit der Leitung infrage stellen.

Zuerst bleibt festzuhalten, dass die Politik durch die gesetzliche Festlegung des Erdkabelvorrangs auf die Proteste gegen die Netzausbauprojekte reagiert hat. Dieser politische Handlungsimpuls wird von zahlreichen Protestakteuren positiv bewertet. Diese Handlungsgrundlage kann somit als Ausgangspunkt für die weitere Kommunikation und Planung der Projekte SuedLink und SuedOstLink genutzt werden.

Aus Sicht der planenden Netzbetreiber ist der wichtigste Punkt für eine Steigerung der Akzeptanz eine größere Transparenz in der Methodik der Trassenfindung. Für die betroffenen Bürger ist es von großer Bedeutung, dass sie umfassend und zeitgleich über die Planungsalternativen und Beteiligungsmöglichkeiten informiert werden.

Zudem sollten die Netzbetreiber darauf achten, die Betroffenheit durch die geplante Trasse so klein wie möglich zu halten. Hierbei ist es unter Umständen sinnvoller, kleinere Veranstaltungen, wie die in den Planungen zu SuedLink zu Beginn abgehaltenen Infoveranstaltungen, durchzuführen. Dort sollte dann ein detaillierter Einblick in die Methodik des Trassenfindungsprozesses und die möglichen Alternativen zur Vorzugstrasse im Detail aufgezeigt werden.

Da die Diskussionen über den Planungsverlauf im Vorfeld von den Übertragungsnetzbetreibern angestoßen werden, wird die Bundesnetzagentur zu Beginn des Verfahrens kaum wahrgenommen. Dies führt dazu, dass sie im späteren Verlauf oftmals als „Erfüllungsgehilfe“ der Netzbetreiber wahrgenommen wird. Obschon dies dem verfahrenstechnischen Ablauf entspricht, könnte man diesem Erscheinungsbild dadurch entgegenwirken, dass die Bundesnetzagentur früher zum Informationsprozess dazu stößt und klar und deutlich ihre Eigenständigkeit kommuniziert. Auch wenn eine frühe Einbeziehung der Bundesnetzagentur verfahrenstechnisch nicht notwendig ist, würde sie in diesem Prozess den Netzbetreiber entlasten und dem Bürger einen institutionellen Ansprechpartner von Beginn an zur Seite stellen.

Die Vertreter der überregionalen Politik sind von besonderer Bedeutung, wenn es um die Grundsatzkommunikation zum Netzausbau

geht. Insbesondere die Netzbetreiber und mit Abstrichen auch die Bundesnetzagentur sehen sich lediglich als Dienstleister der Politik. Die zentralen Entscheidungen über den Bedarf des Netzausbaus werden im Bundestag gefällt. Aufgrund der relativ schwachen Informationspolitik der Bundesregierung und der politischen Akteure hat dies jedoch zur Folge, dass es oftmals keinen Akteur gibt, der sich für die Grundsatzkommunikation zum Netzausbau verantwortlich fühlt. Dadurch entsteht ein Kommunikationsdefizit für die betroffenen Bürger. Aus Sicht der beteiligten Regierungsakteure, der Bundesregierung und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, sollten diese grundsätzlichen Informationen zum Bedarf des Netzausbaus besser kommuniziert werden.

Aus Sicht der Planungsakteure könnte zudem in Erwägung gezogen werden, ein längerfristiges Szenario für die zukünftige Gestaltung der Energieversorgung in Deutschland dem Planungsprozess hinzuzufügen. Bisher enthält der Szenariorahmen vier Szenarien mit einem zehnjährigen Betrachtungshorizont und zwei Szenarien mit einem zwanzigjährigen Betrachtungshorizont [8]. Da die Energiekonzepte der Bundesregierung jedoch bereits bis zum Jahr 2050 reichen, könnte ein entsprechendes Szenario den längerfristigen Bedarf des Netzausbaus aus einer bisher nicht überprüften wissenschaftlichen Perspektive aufzeigen.

Anhand der identifizierten Protestframes wird deutlich, dass sich die Konflikte beim Netzausbau nicht nur auf die eingesetzte Technik beziehen, sondern sich entlang grundsätzlicher gesellschaftlicher Weichenstellungen entzünden. Augenscheinlich gibt es in den Untersuchungsergebnissen einen Zusammenhang zwischen den Protesten gegen Sued- und SuedOstLink und einer generell geäußerten Unzufriedenheit mit den Politik- und Planungsakteuren. Die zukünftige Herausforderung für die Planungsakteure von Übertragungsnetzleitungen wird es sein, dieser Unzufriedenheit durch die Schaffung einer Öffentlichkeit, welche Transparenz bietet und die einzelnen Leitungsprojekte in den größeren Zusammenhang der Energiewende stellt, entgegenzuwirken.

Von besonderem Interesse wird die Debatte um den Netzausbau zwischen den Jahren

2022 und 2025 werden, da die letzten Atomkraftwerke in Deutschland 2022 vom Netz gehen, die großen Leitungsprojekte Sued-Link und SuedOstLink nach aktuellem Zeit-horizont jedoch noch nicht vor 2025 fertig-gestellt werden. Diese Überbrückungszeit sowohl technisch, als auch kommunikativ zu begleiten wird eine der herausforderndsten Zukunftsaufgaben für die Planungsak-teure der deutschen Energiewende.

Anmerkungen

[1] Wunderlich, C. S.: Akzeptanz und Bürgerbeteili-gung für Erneuerbare Energien – Erkenntnisse aus Akzeptanz- und Partizipationsforschung. In: Renew's Spezial, Ausgabe 60, November 2012.: Agentur für Er-neuerbare Energien e. V., Berlin 2012.

[2] Siehe www.ffe.de/mona; FKZ.: 03ET4015

[3] Bundesnetzagentur: Leitungsvorhaben in Deutsch-land. Bonn 2016. Abrufbar unter www.netzausbau.de/leitungsvorhaben/de.html.

[4] Bundesregierung: Erdkabel statt Freileitung. Berlin 2015. Abrufbar unter: web.archive.org/web/20160912105257/https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/10/2015-10-07-netzaus-bau-erdkabel-statt-freileitung.html.

[5] Jungermann, H. [Mitverf.]: Die Analyse der Sozial-verträglichkeit für Technologiepolitik – Perspektiven und Interpretationen. München 1986. Kress, M.; Land-wehr, I.: Akzeptanz Erneuerbarer Energien in EE-Regi-onen – Ergebnisse einer telefonischen Bevölkerungsbe-fragung in ausgewählten Landkreisen und Gemeinden. Diskussionspapier des IÖW 66/12. Institut für Ökologi-sche Wirtschaftsforschung, Berlin 2012.

[6] Marg, S.; Geiges, L.; Butzlaff, F.; Walter, F.: Die neue Macht der Bürger – Was motiviert die Protestbewegun-gen? Reinbek bei Hamburg 2013.

Schweizer-Ries, P.; Rau, I.; Zoellner, J.: Umweltpsycho-logische Untersuchung der Akzeptanz von Maßnahmen zur Netzintegration Erneuerbarer Energien in der Regi-on Walle – Mecklar (Niedersachsen und Hessen) – Ab-schlussbericht. Forschungsgruppe Umweltpsychologie (FG-UPSY); Saarbrücken 2010.

Zimmer, R.; Kloke, S.; Gaedtker, M.: Der Streit um die Uckermarkleitung – Eine Diskursanalyse – Studie im Rahmen des UFU-Schwerpunktes „Erneuerbare Energi-en im Konflikt“. In: UFU-Paper 3/2012. Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V Berlin 2012.

Schnelle, K; Voigt, M.: Energiewende und Bürgerbe-teiligung: Öffentliche Akzeptanz von Infrastruktur-Projekten am Beispiel der „Thüringer Strombrücke“. Heinrich-Böll-Stiftung, Thüringen 2012.

[7] Bundesnetzagentur: Leitungsvorhaben in Deutsch-land. Abrufbar unter: www.netzausbau.de/leitungsvorhaben/de.html. Bonn 2016.

[8] Übertragungsnetzbetreiber: Netzentwicklungsplan Strom 2025 Version 2015 – Erster Entwurf (Teil 1). Abrufbar unter: www.netzentwicklungsplan.de/NEP_2025_1_Entwurf_Teil1.pdf.

*J. Krack, S. Köppl, Dipl.-Ing. F. Samweber, Wissenschaftliche Mitarbeiter, Forschungs-stelle für Energiewirtschaft (FFE) e. V., Mün-chen
FSamweber@ffe.de*

10. EUROFORUM-KONFERENZ | 21. und 22. März 2017, Le Méridien, Hamburg | www.euroforum.de/offshore

OFFSHORE-WINDPARKS

Wie geht es nach dem neuen WindSeeG weiter?

BEREITS ZUM
10. MAL:
der Treffpunkt für
die deutsche
Offshore-Branche



Kooperation mit:



INFOLINE

+49(0)211. 9686-3596

EUROFORUM
an informa business